

BAUGEWERBLICHE VERBÄNDE

BAUGEWERBE-VERBAND NORDRHEIN
DACHDECKER-VERBAND NORDRHEIN
DEUTSCHER AUSLANDSBAU-VERBAND E. V.
FACHVERBAND AUSBAU UND FASSADE NRW
STRASSEN- UND TIEFBAU-VERBAND NORDRHEIN-WESTFALEN
ZIMMERER- UND HOLZBAU-VERBAND NORDRHEIN



Graf-Recke-Str.43
40239 Düsseldorf
Tel.: 0211/91429-18
Kontakt: Harald Siebert
h-siebert@bgv-nrw.de

Wohnungsbautag der Aktion „Impulse für den Wohnungsbau“

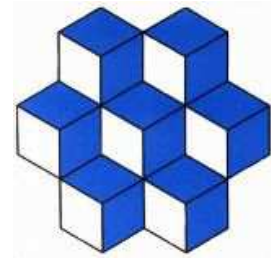
Alle sehen Wohnungsbau auch künftig ganz oben auf der politischen Agenda

Düsseldorf. Der Wohnungsbau wird auch in den kommenden Jahren ganz oben auf der politischen Tagesordnung stehen, sagte der Hauptgeschäftsführer der Baugewerblichen Verbände, Lutz Pollmann, als Sprecher der Aktion „Impulse für den Wohnungsbau NRW“ bei dessen Wohnungsbautag voraus. Die Referenten und insbesondere die Sprecher der Landtagsparteien bestätigten ihn darin. Ihre wichtigsten Thesen: Es muss mehr Bauland zur Verfügung gestellt und die finanzielle Förderung muss mindestens in gleicher Höhe fortgesetzt werden.

Das Aktionsbündnis aus Organisationen der Architekten, der Bauwirtschaft, der Wohnungsunternehmen und der Mieter, hatte zu seiner Veranstaltung und mit Blick auf die Landtagswahl ein Zwölf-Punkte-Papier vorgelegt. Als wichtigste Forderungen daraus nannte Pollmann vor den gut 100 Gästen das Bekenntnis der Politik zur Stärkung des öffentlich geförderten Wohnungsbaus, die Bereitstellung von mehr Bauflächen, eine stärkere steuerliche Förderung an Stelle der jetzigen Investitionshemmnisse, ein Bremsen oder besser Zurückdrehen der Baukostensteigerungen etwa durch Abgaben und Auflagen sowie eine Vereinfachung der Landesbauordnung. Hintergrund für dieses Papier sei zum einen der unverändert große Bedarf vor allem an bezahlbarem Wohnraum, zum anderen der Wunsch nach verlässlichen und sozialeren Rahmenbedingungen, so Pollmann.

„Wir haben das Stadium des Dornröschenschlafs längst verlassen“, skizzierte der Staatssekretär im Bundesbauministerium, Gunter Adler, die Situation aus seiner Sicht. In den zurückliegenden Jahren sei „enorm viel passiert – auch dank solcher Bündnisse wie Ihres und mit ihnen“. Adler sagte zu, dass die Bundesländer auch künftig Geld vom Bund für den Wohnungsbau bekommen würden. Die steuerliche Förderung und die Durchforstung des seit 1990 verdreifachten Wustes an Normen und Vorschriften werde mit Sicherheit Thema der Koalitionsverhandlungen nach dem September sein. Ausdrückliches Lob bekam Nordrhein-Westfalen von Adler dafür, dass es – anders als andere Länder - die Bun-

PRESSSEINFORMATION



PRESSEINFORMATION

deszuschüsse komplett auch für den gewünschten Zweck, nämlich Wohnungen, ausgabe.

Diesen Hinweis nahm Adlers Düsseldorfer Kollege Michael von der Mühlen gerne auf. Er verwies darauf, dass in unserem Bundesland 2016 11.500 neue Sozialwohnungen gefördert worden seien – „deutlich mehr als wir uns vorgenommen hatten“ – und dass die Gesamtzahl der fertiggestellten Wohnungen ebenfalls stark angewachsen sei – von 37.000 in 2015 auf sicherlich über 50.000. Allerdings wird der Bedarf unter anderem wegen der Bevölkerungszunahme auf 80.000 pro Jahr geschätzt. Das Land gehe dazu über, die Siedlungsentwicklung und die Fragen der Mobilität, also der Erschließung neuer Wohngebiete durch Straßen und vor allem den öffentlichen Nahverkehr, konsequent zu verbinden.

„Flächen dringend mobilisieren“ und die Förderung im Umfang mindestens beibehalten war die gemeinsame Forderung der Bauexperten Oliver Bayer (Piraten), Holger Ellerbrock (FDP), Sylvia Jörrißen (CDU), Arndt Klocke (Grüne) und Jochen Ott (SPD). Weniger Übereinstimmung gab es dann bei den Fragen zu einer differenzierten Grundsteuer, der künftigen Höhe der Grunderwerbsteuer und der Verkürzung der Genehmigungsdauer von Bauanträgen. Während Klocke und Ott die Anhebung der Grunderwerbsteuer aus Haushaltsgründen verteidigten, plädierten ihre Gegenparts auf eine möglichst baldige Absenkung oder auf die Schaffung eines Freibetrags für Einfamilienhausbauer. Ellerbrocks Wunsch, die Bearbeitung von Bauanträgen teilweise zu privatisieren, stieß auf Skepsis und auf den Hinweis, in den Städten und Gemeinden sei Personal abgebaut worden, weil sie sparen müssten und weil es lange geheißen habe, „Deutschland ist fertig gebaut“. Immerhin verwies Jürgen Ott auf die Möglichkeit, in die Landesbauordnung noch eine automatische Genehmigung der Anträge nach Ablauf einer gewissen Zeitspanne einzubauen.

PI 31/03/2017

Die Baugewerblichen Verbände als Stimme des Bau- und Ausbaugewerbes

Die Baugewerblichen Verbände vertreten als Dachorganisation von sechs Landesinnungsverbänden aus dem Bau- und Ausbaugewerbe die Interessen von etwa 5.000 mittelständischen Unternehmen in NRW mit etwa 55.000 Mitarbeitern gegenüber Politik, Wirtschaft und Öffentlichkeit. Sie bieten zudem als Dienstleister umfassenden Service und Beratung für die Betriebe. In den ehrenamtlichen Gremien der sechs Verbände engagieren sich gewählte Vertreterinnen und Vertreter der Unternehmer.

Das Baugewerbe stellt den bedeutendsten Handwerksbereich dar. Bei den zentralen wirtschaftlichen Kennziffern übertrifft es in NRW zudem die Bauindustrie sehr deutlich - bei Betriebs-, Mitarbeiter- und Umsatzzahlen um den Faktor 3, bei den Auszubildenden um den Faktor 6.